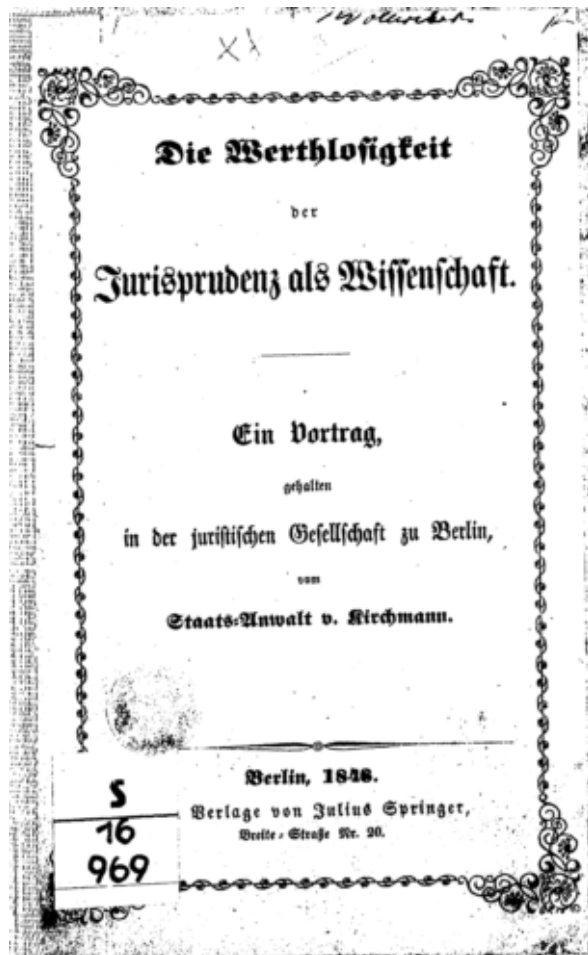


# **Von der Wertlosigkeit der Gesetzgebung im digitalen Wandel.**

Eric W. Steinhauer

Hagen und Berlin

# Julius von Kirchmann (1848)



„... drei berichtigende  
Worte des Gesetzgebers,  
und ganze Bibliotheken  
werden zu Makulatur.“



# Bibliotheksgesetze



# 4 x Gesetzgebung im digitalen Wandel

- Gesetz zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft (2003)
- Zweite Gesetz zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft (2007)
- Gesetz zur Nutzung verwaister und vergriffener Werke und einer weiteren Änderung des Urheberrechtsgesetzes (2013)
- Gesetz zur Angleichung des Urheberrechts an die aktuellen Erfordernisse der Wissensgesellschaft (Urheberrechts-Wissensgesellschafts-Gesetz - UrhWissG) (2017)

# **Gesetz zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft (2003)**

§ 52a UrhG: „Wissenschaftsschranke“

§ 137k UrhG: Befristung der Wissenschaftsschranke

# Die unendliche Geschichte des § 137k UrhG

- 2003 in Kraft getreten
- 2006 verlängert
- 2008 wieder verlängert
- 2012 noch einmal verlängert
- Ende 2014 nach 11 Jahren aufgehoben.

P.S.: Die Verlage leben noch ...



# Gerichtsverfahren wegen 52a UrhG

## **VG Wort vs. KMK**

OLG München (24. März 2011)

BGH (20. März 2013)

## **Kröner-Verlag vs. FernUni**

LG Stuttgart (27. September 2011)

OLG Stuttgart (4. April 2012)

BGH (28. November 2013)

Herbst 2016: Rahmenvertrag KMK / VG-Wort  
(gescheitert)



# \* 2003 – † 2016

## buchreport

[NEWS](#)[SPIEGEL-BESTSELLER](#)[WEBINARE](#)[STELLENMARKT](#)[Startseite](#)[Kommentar](#)[Drucken](#)[Verlage](#)

Mittwoch, 26. Oktober 2016

**PREMIUM****DIGITALE SEMESTERAPPARATE**

## Hochschulen verweigern Rahmenvertrag mit VG Wort

Nachdem die Nutzung von urheberrechtlich geschützten Inhalten für digitale Semesterapparate mehr als ein Jahrzehnt lang ein Zankapfel zwischen Hochschulen und Verlagen war, sollten die Konflikte mit einem **BGH-Urteil** und einer außergerichtlichen Einigung eigentlich beigelegt sein (s. Kasten). War die Vergütung der Verlage in den vergangenen Jahren durch Pauschalzahlungen der Bundesländer an die **VG Wort** erfolgt, soll sie ab 2017 als Einzelfallabrechnung vorgenommen werden. Dazu haben sich VG Wort und die **Kultusministerkonferenz** Anfang des Monats auf einen Rahmenvertrag geeinigt, dem die einzelnen Hochschulen beitreten müssen, um urheberrechtlich geschützte wissenschaftliche Texte über digitale Semesterapparate anbieten zu können.

Die **LandesHochschulKonferenz (LHK) Niedersachsen** hat jetzt jedoch angekündigt, dass ihre Mitgliedshochschulen den Rahmenvertrag nicht unterzeichnen werden. In einem Brief an ...

## **Zweite Gesetz zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft (2007)**

- § 52 b UrhG: Elektronischer Leseplatz
- § 53a UrhG: Kopienversand auf Bestellung

# § 52b UrhG

Zulässig ist, veröffentlichte Werke aus dem Bestand öffentlich zugänglicher Bibliotheken, Museen oder Archive, die keinen unmittelbar oder mittelbar wirtschaftlichen oder Erwerbszweck verfolgen, ausschließlich in den Räumen der jeweiligen Einrichtung an eigens dafür eingerichteten elektronischen Leseplätzen zur Forschung und für private Studien zugänglich zu machen, soweit dem keine vertraglichen Regelungen entgegenstehen. Es dürfen grundsätzlich nicht mehr Exemplare eines Werkes an den eingerichteten elektronischen Leseplätzen gleichzeitig zugänglich gemacht werden, als der Bestand der Einrichtung umfasst. Für die Zugänglichmachung ist eine angemessene Vergütung zu zahlen. Der Anspruch kann nur durch eine Verwertungsgesellschaft geltend gemacht werden.

# Gerichtsverfahren

Inkrafttreten 2008

LG Frankfurt am Main 2009

OLG Frankfurt am Main 2010

LG Frankfurt am Main 2011

BGH 2013

EuGH 2014

BGH 2015

Rahmenvertrag 2017

# § 2 des Rahmenvertrages oder: Medienkompetenz 2017

(3) Die öffentliche Zugänglichmachung schließt das Recht der jeweiligen Einrichtung mit ein, digitale Vervielfältigungen der in ihrem Bestand befindlichen gedruckten Werkstücke anzufertigen, soweit dies zur öffentlichen Zugänglichmachung an den elektronischen Leseplätzen in den Räumen der Einrichtung erforderlich ist (Annex-Vervielfältigungen). Das Format darf keine Volltextrecherche ermöglichen. Das schließt den Einsatz von Technologien, die eine kapitelweise Ansteuerung ermöglichen, nicht aus. Eine Weiterveräußerung oder sonstige Überlassung dieser Vervielfältigungen an andere Einrichtungen ist nicht gestattet.

# § 4 des Rahmenvertrages

## § 4 Vergütung

(1) Als angemessene Vergütung für Nutzungen gemäß § 2 entrichten die Einrichtungen i.S.v. § 1 Abs. 2 einmalig für den Vertragszeitraum an die VG WORT eine Vergütung in Höhe von 120% des Nettoladenpreises des jeweiligen Printwerkes. Mit dieser Vergütung ist auch die im Rahmen der Nutzung elektronischer Leseplätze entstehende Vergütungspflicht aus § 54c UrhG abgegolten.

# Kopienversand auf Bestellung

§ 53 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 UrhG



Zulässig ist, einzelne Vervielfältigungsstücke eines Werkes herzustellen **oder herstellen zu lassen** zum eigenen wissenschaftlichen Gebrauch, wenn und soweit die Vervielfältigung zu diesem Zweck geboten ist und sie keinen gewerblichen Zwecken dient.

Rechtsgrundlage bis 2008.

# Kopienversand auf Bestellung

## § 53a UrhG



(1) Zulässig ist auf Einzelbestellung die Vervielfältigung und Übermittlung einzelner in Zeitungen und Zeitschriften erschienener Beiträge sowie kleiner Teile eines erschienenen Werkes im Wege des **Post- oder Faxversands** durch öffentliche Bibliotheken, sofern die Nutzung durch den Besteller nach § 53 zulässig ist. Die Vervielfältigung und Übermittlung in sonstiger elektronischer Form ist ausschließlich als grafische Datei und zur Veranschaulichung des Unterrichts oder für Zwecke der wissenschaftlichen Forschung zulässig, soweit dies zur Verfolgung nicht gewerblicher Zwecke gerechtfertigt ist. Die Vervielfältigung und Übermittlung **in sonstiger elektronischer Form** ist ferner nur dann zulässig, wenn der Zugang zu den Beiträgen oder kleinen Teilen eines Werkes den Mitgliedern der Öffentlichkeit nicht offensichtlich von Orten und zu Zeiten ihrer Wahl mittels einer vertraglichen Vereinbarung zu angemessenen Bedingungen ermöglicht wird.

(2) Für die Vervielfältigung und Übermittlung ist dem Urheber eine angemessene Vergütung zu zahlen. Der Anspruch kann nur durch eine Verwertungsgesellschaft geltend gemacht werden.

Rechtsgrundlage seit 2008.



# Ein paar Zahlen ...

**Gelieferte Kopien in der Fernleihe nach der Deutschen Bibliotheksstatistik**

**2003: 1.484.932**

2004: 1.471.391

2005: 1.482.349

2006: 1.361.606

**2007: 1.263.126**

**2008: 1.031.609**

2009: 948.008

2010: 844.504

2011: 770.011

2012: 732.978

2013: 699.819

2014: 652.523

**2015: 582.067**



# **Gesetz zur Nutzung verwaister und vergriffener Werke und einer weiteren Änderung des Urheberrechtsgesetzes (2013)**

- § 38 Abs. 4 UrhG: Zweitverwertungsrecht
- § 61 UrhG: Verwaiste Werke

# Der Ausgangspunkt.

## § 38 UrhG

(1) Gestattet der Urheber die Aufnahme des Werkes in eine periodisch erscheinende Sammlung [gemeint ist Zeitschrift], so erwirbt der Verleger oder Herausgeber im Zweifel ein *ausschließliches Nutzungsrecht* zur *Vervielfältigung* und *Verbreitung*. Jedoch darf der Urheber das Werk nach Ablauf eines Jahres seit Erscheinen anderweit *vervielfältigen* und *verbreiten*, **wenn nichts anderes vereinbart ist**.

(2) Absatz 1 Satz 2 gilt auch für einen Beitrag zu einer nicht periodisch erscheinenden Sammlung, für dessen Überlassung dem Urheber kein Anspruch auf Vergütung zusteht. [Festschriften und Handbuchbeiträge].

# Die Debatte beginnt 2006.

Ein Regelungsvorschlag des Bundesrates:

„An wissenschaftlichen Beiträgen, die im Rahmen einer überwiegend **mit öffentlichen Mitteln finanzierten** Lehr- und Forschungstätigkeit entstanden sind und in **Periodika** erscheinen, hat der Urheber auch bei Einräumung eines ausschließlichen Nutzungsrechts das Recht, den Inhalt längstens nach Ablauf von **sechs Monaten** seit Erstveröffentlichung anderweitig öffentlich zugänglich zu machen, soweit dies zur Verfolgung nicht kommerzieller Zwecke gerechtfertigt ist und **nicht in der Formatierung der Erstveröffentlichung** erfolgt. Dieses **Recht kann nicht abbedungen** werden.“

Quelle: Bundesrats-Drucksache 257/06.

# Der SPD-Vorschlag von 2011

Der **SPD-Vorschlag**: § 38a Zweitverwertungsrecht

„An wissenschaftlichen Beiträgen, die im Rahmen einer mindestens zur Hälfte **mit öffentlichen Mitteln finanzierten Lehr- und Forschungstätigkeit** entstanden sind und in Periodika *oder Sammelwerken nach § 38 Absatz 2* erscheinen, hat der Urheber auch bei Einräumung eines ausschließlichen Nutzungsrechts das Recht, den Inhalt längstens nach Ablauf von **sechs Monaten** bei Periodika und von **zwölf Monaten** bei Sammelwerken seit der Erstveröffentlichung anderweitig nicht kommerziell öffentlich zugänglich zu machen. Die Zweitveröffentlichung ist **in der Formatierung der Erstveröffentlichung** zulässig; die Quelle der Erstveröffentlichung ist anzugeben. Ein dem Verleger eingeräumtes ausschließliches Nutzungsrecht bleibt im Übrigen unberührt. Eine zum Nachteil des Urhebers abweichende Vereinbarung ist unwirksam.“

# Eckpunkte der LINKEN von 2011

**Die LINKE** fordert:

- Der Bundestag fordert die Bundesregierung auf, im Rahmen einer Novellierung des Urheberrechtsgesetzes einen Gesetzentwurf vorzulegen, der ein unabdingbares Recht zur Zweitveröffentlichung regelt. Dieses gesetzliche Zweitveröffentlichungsrecht soll folgende Bedingungen erfüllen:
- 1. Das Recht erstreckt sich auf alle wissenschaftlichen Publikationen, die überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert worden sind.
- 2. Eine Zweitveröffentlichung wird nicht nur in nichtkommerziellen, sondern auch in kommerziellen Publikationen ermöglicht.
- 3. Die Sperrfrist, nach der das Zweitverwertungsrecht in Anspruch genommen werden kann, beträgt höchstens sechs Monate.
- 4. Das Recht gilt auch für eine formatgleiche Zweitveröffentlichung, deren Ursprung in der Erstveröffentlichung jedoch anzugeben ist.
- 5. Vertragliche Vereinbarungen, die das Zweitveröffentlichungsrecht einschränken, sind unwirksam.

# Die Sicht der Allianzinitiative

Standpunkt der **Allianz der Wissenschaftsorganisationen**:

- „Ein wichtiger Baustein zur weiteren Förderung von Open Access ist unserer Auffassung nach die Aufnahme eines vertraglich nicht abdingbaren Zweitveröffentlichungsrechts für wissenschaftliche Autoren in das Urheberrechtsgesetz. Eine solche Regelung ermöglicht die weitere Verbreitung und somit größere Sichtbarkeit von aus öffentlichen Mitteln finanzierten Forschungsergebnissen, wovon Gesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft profitieren.
- *Aus der Perspektive der meisten wissenschaftlichen Autoren besteht im Rahmen der Veröffentlichung ihrer wissenschaftlichen Werke – insbesondere ihrer Zeitschriftenartikel – die Vertragsfreiheit nur auf dem Papier. ... Nur die gesetzliche Verankerung eines unabdingbaren Zweitveröffentlichungsrechts standardisiert und erleichtert die Durchsetzung des Anspruchs der Autoren, ihr Recht gegenüber – in aller Regel wirtschaftlich stärkeren – Partnern der Erstveröffentlichung durchzusetzen.“*

# § 38 Abs. 4 UrhG (neu)

Der Urheber eines wissenschaftlichen Beitrags, der im Rahmen einer mindestens zur Hälfte **mit öffentlichen Mitteln geförderten Forschungstätigkeit** entstanden und in einer **periodisch** mindestens zweimal jährlich **erscheinenden** Sammlung erschienen ist, hat auch dann, wenn er dem Verleger oder Herausgeber ein ausschließliches Nutzungsrecht eingeräumt hat, das Recht, den Beitrag nach Ablauf von **zwölf Monaten** seit der Erstveröffentlichung **in der akzeptierten Manuskriptversion** öffentlich zugänglich zu machen, soweit dies keinem gewerblichen Zweck dient. Die Quelle der Erstveröffentlichung ist anzugeben. Eine zum Nachteil des Urhebers abweichende Vereinbarung ist unwirksam.



# Rechtsklarheit!

„Eine von § 38 Absatz 4 abweichende Vereinbarung zum Nachteil des Urhebers ist unwirksam. Satz 3 stellt damit **im Sinne der Rechtsklarheit und zur Absicherung der urhebervertragsrechtlichen Stärkung der Position des Urhebers** klar, dass das Zweitverwertungsrecht ein unabdingbares Recht des Urhebers ist. Im Umkehrschluss bleiben abweichende Vereinbarungen zu Gunsten des Urhebers wirksam.“

(Aus der Gesetzesbegründung: BT-Drs. 17/13423, S. 14.)

# Rechtsklarheit?

Schwerpunktinitiative  
"Digitale Information"  
der Allianz der deutschen Wissenschaftsorganisationen

Kontakt | Impressum | Sitemap | Deutsch

Suchen nach

Handlungsfelder | Steuerungsgremium | Partnerorganisationen

Open Access

Forschungsdaten

Virtuelle Forschungsumgebung

Nationale Lizenzierung

Nationale Hosting-Strategie

Rechtliche Rahmenbedingungen

Arbeitsgruppe & Materialien

Querschnittsthemen

Allianzinitiative > Handlungsfelder > Rechtliche Rahmenbedingungen > FAQ-ZVR

FAQ zum Zweitveröffentlichungsrecht

Inhalt

Grundsätzliche / nicht-ZVR-spezifische Fragen zum Urheberrecht

- 1. Welche Rechte sichert das Urheberrecht den Urheberinnen und Urhebern?
- 2. Was sind Verwertungs-/Nutzungsrechte?
- 3. Wie können Verwertungs-/Nutzungsrechte übertragen werden?

Fragen zur Koautorenschaft

- 4. Was ist zu beachten, wenn das Werk, das zweitveröffentlicht werden soll, mehrere Autorinnen und Autoren hat?
- 5. Eine Einrichtung hat viele Gäste, deren Veröffentlichungen zu großen Teilen aufgrund von Forschung dort entstehen. Wie steht es mit dem ZVR, wenn die Hauptautorin/der Hauptautor nicht aus dieser Einrichtung kommt?

Fragen zu möglichen Haftungsrisiken

- 6. Wieso kann sich aus der Nutzung des ZVR ein Haftungsrisiko ergeben?
- 7. Wer trägt bei einer Verletzung des Urheberrechts ein Haftungsrisiko?
- 8. Wer trägt bei einer gesetzeskonformen Ausübung des ZVR ein Haftungsrisiko?
- 9. Gilt das ZVR nur in Deutschland oder auch international?
- 10. Besteht ein Haftungsrisiko für ausländische Koautorinnen und Koautoren?

Fragen zu den Auswirkungen des Publikations-/ Erscheinungsortes oder der Festlegung des Gerichtsstandes in Deutschland oder im Ausland auf die Möglichkeiten zur Nutzung des ZVR

- 11. Was bedeutet der Begriff „Schutzlandprinzip“?
- 12. Hat der Verlagssitz/Erscheinungsort (Deutschland/Ausland) Einfluss auf die Möglichkeit zur Nutzung des ZVR?

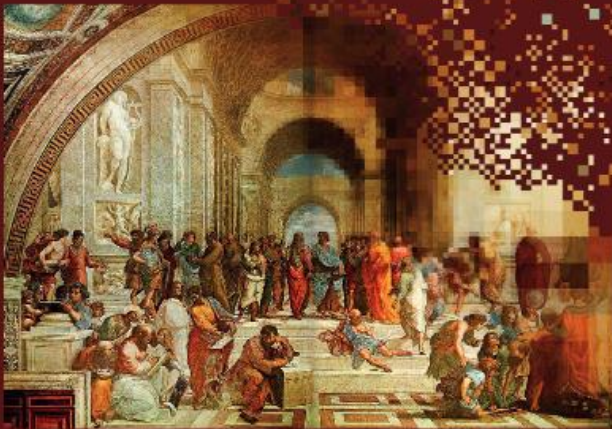
44 Fragen!

# Verwaiste Werke

# Google books



## THE NEW RENAISSANCE



REPORT OF THE 'COMITÉ DES SAGES'

REFLECTION GROUP ON BRINGING EUROPE'S  
CULTURAL HERITAGE ONLINE

2011

# Es ging fix ...

- Am 24. Mai 2011 hat die EU-Kommission einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Nutzung verwaister Werke publiziert.
- Richtlinie 2012/28/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über bestimmte zulässige Formen der Nutzung verwaister Werke. („Orphan Works Directive“)
- Gesetz zur Nutzung verwaister und vergriffener Werke und einer weiteren Änderung des Urheberrechtsgesetzes vom 1. Oktober 2013

# Ein paar Zahlen ...

- Die DNB geht von 585.000 verwaisten Buchtiteln aus. Zugleich wird mit 4.500 Meldungen durch im Jahr gerechnet (BT-Drs. 17/13423, S. 16) => Bearbeitungsdauer von 130 Jahren.
- Die Realität nach 3 Jahren: < 50 Werke!

**Gesetz zur Angleichung des Urheberrechts an  
die aktuellen Erfordernisse der Wissensgesellschaft  
(Urheberrechts-Wissensgesellschafts-Gesetz - UrhWissG) (2017)**

- Totalumbau der Gesetzessystematik.
- Neue Regelungen u.a. für Text- und Datamining.
- Regelungen für die Sammlung von Netzpublikationen durch Bibliotheken.

# Koalitionsvertrag 2013

„Grundlage hierfür ist ein bildungs- und forschungsfreundliches Urheberrecht und eine umfassende Open-Access-Politik.“

„ Wir werden den wichtigen Belangen von Wissenschaft, Forschung und Bildung stärker Rechnung tragen und eine Bildungs- und Wissenschaftsschranke einführen.“



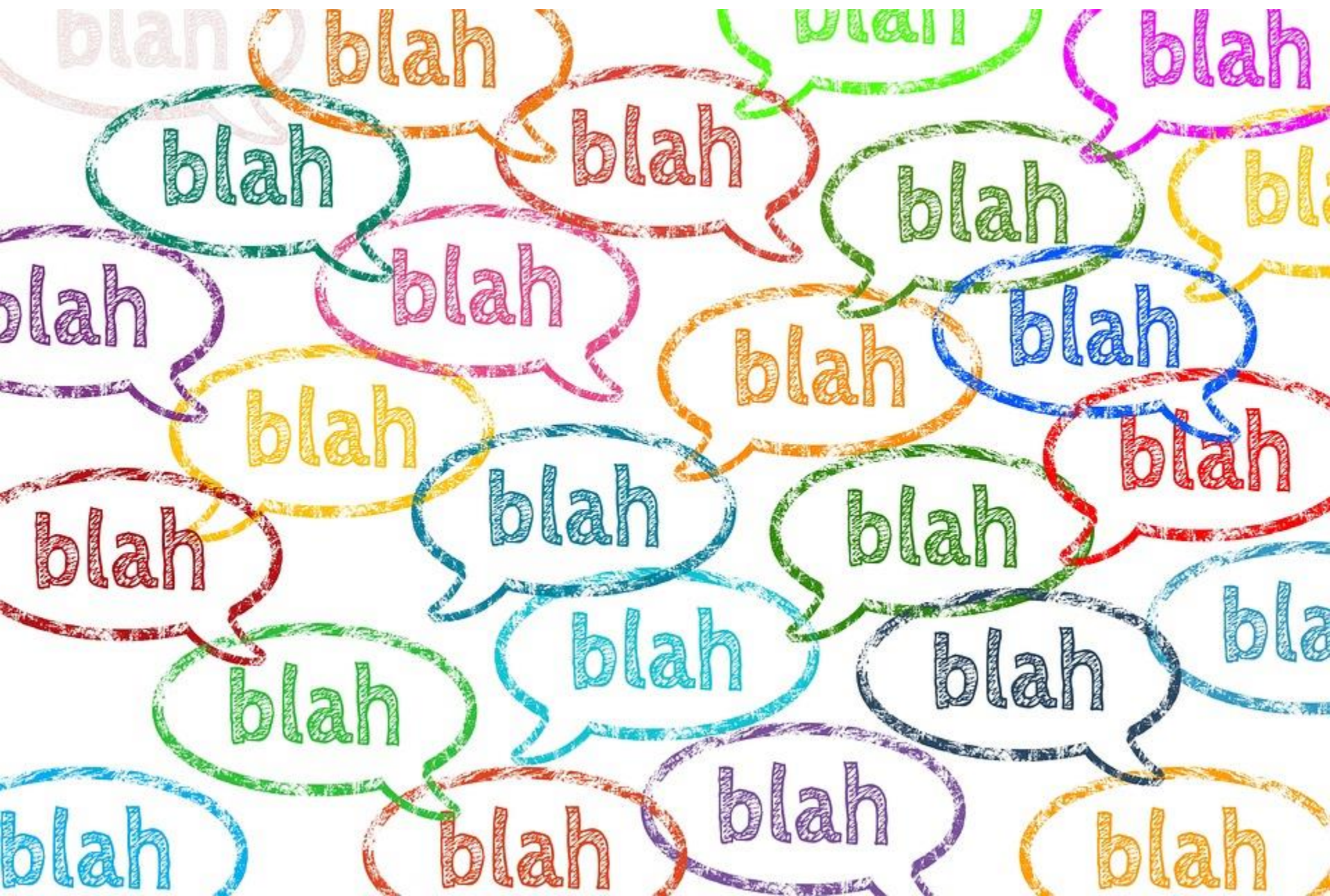
# Koalitionsvertrag 2005

Wir wollen ein bildungs- und  
wissenschaftsfreundliches Urheberrecht.

# **Zweite Lesung Zweiter Korb**

„Wir schließen heute eine Etappe ab und beginnen mit den Vorbereitungen für die nächste Etappe, für den Dritten Korb: für das Urheberrecht im Bereich Bildung und Wissenschaft.“

Carsten Müller, MdB (CDU), 5. Juli 2007  
PlPr. 16/108, S. 11.154.



# Die Ergebnisse 2003-2017

- § 52a UrhG: 13 Jahre Streit und Unklarheit
- § 52b UrhG: 8 Jahre Streit und Unklarheit
- § 53a UrhG: Rückfall in analoge Zeiten
- § 61 UrhG: 45 genutzte Werke nach 3 Jahren
- § 38 Abs. 4 UrhG: 44 FAQs und keine Praxis

# Die Zukunft?



# Und was wäre unsere Rolle?



**Vielen Dank für die  
Aufmerksamkeit!**

[www.steinhauer-home.de](http://www.steinhauer-home.de)